

Beschluss

(1. Tagung des 3. Kreisparteitages des Kreisverbandes DIE LINKE im Burgenlandkreis,
Weißenfels, 26. November 2011)

Mehr und bessere Politik wagen - Die Kommunalwahlen 2014 jetzt in den Blick nehmen - DIE LINKE im Burgenlandkreis bestimmt ihren Kurs

Mit dem Beschluss des Bundesparteitages vom 23. Oktober 2011 über ihr Programm ist unsere Partei DIE LINKE in einen neuen Abschnitt ihrer Entwicklung eingetreten. Mit einem Mitgliederentscheid über das Programm (17.11.-15.12.2011) wird der langjährige Prozess des Ringens um unser Selbstverständnis und unsere Ziele in wenigen Wochen seinen Höhepunkt erfahren.

Die Landtagswahlen im März 2011, bei denen wir hinter unseren eigenen Erwartungen zurückgeblieben sind, liegen nun bereits fast ein dreiviertel Jahr zurück, und es hat sich trotz ernsthafter Probleme der Partei in einem unruhigen Jahr 2011 gezeigt:

Am Gebrauchtwerten unserer Partei in der Gesellschaft gibt es keinen Zweifel. Die immer schneller wachsende Kluft zwischen Arm und Reich; die noch längst nicht überwundenen Ungleichheiten zwischen Ost und West; die sozialen Probleme, die sich daraus ergeben, dass es in Europa keine Sozialunion gibt und die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem auf die Menschen in den unteren Einkommensbereichen abgewälzt werden; die fortgesetzte Beteiligung der Bundesregierung am „Krieg gegen den Terror“; und schließlich die vielerorts wachsende Einsicht, dass eine moderne Gesellschaft nicht nur die des ökologischen, sondern des *sozial-ökologischen* Umbaus sein muss – all das öffnet uns auf allen Ebenen unserer Arbeit herausforderungsreiche Handlungsfelder.

Für unser kommunales Wirken bietet unser Programm ausgezeichnete Grundlagen. Nur einige wenige Passagen aus dem Abschnitt „Demokratische Kommunen“ im Abschnitt IV.2 seien hier zitiert:

Die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, über ihr eigenes Leben selbst zu bestimmen, hängt in hohem Maße von den Kommunen ab. Dort werden wichtige Fragen des Alltags wie auch der Zukunft der Gesellschaft entschieden.

DIE LINKE engagiert sich deshalb für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, für starkes kommunales Eigentum und eine leistungsfähige Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Damit Demokratie keine leere Hülle wird, brauchen Kommunen hinreichende finanzielle Mittel und Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaftliche und soziale Prozesse. Auch deshalb lehnen wir die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Sicherungssysteme ab und fordern eine Stärkung öffentlichen Eigentums.

Für die LINKE sind die Kommunen nicht nur eine Verwaltungs-, sondern auch eine entscheidende Gestaltungsebene. Hier erleben Bürgerinnen und Bürger alle Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung unmittelbar und erfahren, wie Politik funktioniert. Mit den Instrumenten der direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger können sie Veränderungen bewirken. Kommunen müssen eine stärkere Stellung im föderalen System erhalten. Dadurch erhalten Bürgerinnen und Bürger größeren Einfluss auf die Lösung lokaler und regionaler Probleme. In den Kommunen gibt es die Chance, neue Lebensformen zu erproben. Dafür müssen Räume zur politischen, sozialen und kulturellen Selbstorganisation geschaffen werden. Leistungen der Daseinsvorsorge müssen durch die Kommunen selbst wahrgenommen werden. Für Profitinteressen darf dabei kein Platz sein. [...]

DIE LINKE wirkt für eine partizipative Haushaltspolitik, für Bürgerhaushalte als wichtige Form der kommunalen Demokratie. Unsere Vision sind solidarische Bürgerkommunen, in denen die Menschen ihre Angelegenheiten selbst entscheiden und gestalten und die soziale und ökologische Umgestaltung ihrer Gemeinschaften eigenständig in die Hand nehmen.

Wir haben im Kreisverband Burgenlandkreis für die Verwirklichung dieser Grundsätze bessere Voraussetzungen, als es uns in Momenten besonders großer Schwierigkeiten erscheinen mag. Nehmen wir die gewählten Abgeordneten auf allen Ebenen zusammen, verfügen wir über eine Menge Kraft, um in der Gesellschaft auch wieder besser hörbar zu werden. Mit unserem Leitbild für den Burgenlandkreis haben wir ein Diskussions- und Handlungsangebot zur Hand, mit dem wir uns überall im Kreis sehen lassen können. Mit unseren alten und neuen Büros verfügen wir über den neuen Verwaltungsstrukturen angepasste Stützpunkte für unsere Arbeit.

1. Der Weg bis 2014

Wenn wir stärker werden wollen, müssen wir neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen. Die Mischung aus Erfahrung und Jugend muss immer wieder neu gefunden werden. Auch darum wollen wir die Vorbereitung der Kommunalwahlen im Frühsommer 2014 bereits jetzt in Angriff nehmen. Wir müssen den Mut haben, mehr Bürgerinnen und Bürger anzusprechen, ihre Interessen mit unseren programmatischen Vorstellungen zu verbinden und auf unseren Listen für kommunale Vertretungen zu kandidieren.

Wichtige Stationen auf dem Weg dorthin sind:

- die Neuwahl des Kreisvorstandes, dessen Wahlperiode von November 2011 bis Ende 2013 dauern wird;
- der Mitgliederentscheid über das Parteiprogramm (14.11.-15.12.2011);

- 2012 Schwung nehmen, mehr Politikfähigkeit erreichen; Kandidaturen für 2014 vorbereiten: Gestaltung eines Kreisparteitages zur Auswertung der Umsetzung von Kreistags- und Kommunalwahlprogrammen seit 2009, Durchführung einer Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonferenz des Kreisverbandes
- 2013 Bundestagswahl; unser Mandat im Bundestag für den Burgenlandkreis nach der Devise verteidigen „Eine starke linke Vertretung des Burgenlandkreises im Deutschen Bundestag setzt eine breite kommunale Verankerung voraus“;
- 2013 langfristige Vorbereitung der Kommunalwahlen: Erarbeitung eines Kommunalwahlprogrammes unter Einbeziehung aller Basisorganisationen;
- 2014 Auswahl, Nominierung der Kandidaturen für die Kommunalwahl; Wahlkampf;
- ebenfalls 2014 (wahrscheinlich gleichzeitig mit der Kommunalwahl) Wahlen zum Europaparlament.

2. Politikfähigkeit im Kreisverband und in den kommunalen Vertretungen erhöhen

Das bedeutet im Einzelnen:

- die Leitbildebate weiterzuführen, unser Leitbild zu überarbeiten und dabei den Einwohnerinnen und Einwohnern des Burgenlandkreises den erforderlichen sozial-ökologischen Umbau erläutern und sie in die aktive Umsetzung einzubeziehen;
- konsequent, nacherlebbar und ausstrahlend auf der Seite der sozial Benachteiligten zu stehen;
- in der Qualifizierung der Schul- und Berufsausbildung Zeichen zu setzen;
- mit linker Wirtschaftskompetenz in der Förderung von Unternehmen in der Region und von regionalen Kreisläufen an Ausstrahlung zu gewinnen;
- die politischen Projekte der Landtagsfraktion sind wesentlich enger als bisher mit den Vorhaben in der Kreistagsfraktion bzw. in den Gemeindeparlamenten zu verbinden.

Wir brauchen eine stärkere Erkennbarkeit unserer Partei in **kommunalen Projekten**, die für den ganzen Burgenlandkreis Gültigkeit haben. Denkbar sind:

- ein Sozialpass für Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV;

- unser Leitbild Burgenlandkreis als lebendig diskutiertes, in öffentliche Veranstaltungen verschiedenster Art eingebrachtes Arbeitsinstrument;
- der Erhalt bzw. die weitere Entwicklung kommunaler Wirtschaftsstrukturen (einschl. Sparkassen, Stadtwerke, Wohnungsgesellschaften, Beförderungsunternehmen) als wesentliche Grundlage der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Sicherung sozial verträglicher Preise.

3. Um den Nachwuchs in den Vertretungen kümmern, eine Offensive zur Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten in Gang setzen

Wir brauchen sehr bald eine Übersicht über den Personalbedarf, und wir müssen geduldig, sorgfältig, sensibel und mutig am Generationswechsel arbeiten.

Die Vorbereitung der Kandidatinnen und Kandidaten auf ihre künftige Tätigkeit muss zeitig begonnen und umfassend gestaltet werden. Wir haben in unserem Kreisverband viele Genossinnen und Genossen, die über einen reichen Erfahrungsschatz verfügen, der nicht verloren gehen darf.

Und wir brauchen das gefestigte Bewusstsein, dass die kommunale Arbeit die Grundlage von allem ist: die Grundlage unseres Wirkens in der Gesellschaft – hier kennt man sich nachbarschaftlich, hier ist die Arbeit besonders konkret abrechenbar, hier entstehen Vertrauen und Anerkennung, hier zahlt sich langjähriges Engagement besonders deutlich aus –, aber auch die Grundlage unserer Entwicklung als Partei. Im Kommunalen zuallererst prägen sich die Eigenschaften, Fähigkeiten und Kenntnisse aus, die es braucht, um im besten Sinne des Wortes politisch tätig sein zu können.

Wir haben eine Aufgabe nicht nur im Sinne der Stärkung unserer Partei, sondern auch und untrennbar damit verbunden im Sinne der Stärkung demokratischen und zivilgesellschaftlichen Engagements insgesamt. Eine sinkende Wahlbeteiligung ist für uns immer ein Alarmsignal – und eine Herausforderung an die Qualifizierung der Bürgernähe unserer Arbeit.

Bei der Vorbereitung der Kandidaturen ist eine sorgfältige Prüfung verschiedener Voraussetzungen zu beachten:

- a) Wer wird von den jetzt im Amt Befindlichen aus Alters- oder anderen Gründen *nicht* wieder kandidieren?
- b) Wer wird von den jetzt im Amt Befindlichen wieder kandidieren?
- c) Gibt es Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die nicht in unserer Partei sind, aber eventuell für eine Kandidatur für unsere Partei gewonnen werden können?
- d) Wen können wir ganz neu für eine Kandidatur gewinnen (Parteimitglieder und evtl. auch andere)?

Eine zentrale Aufgabe bei der Kandidatengewinnung ist die Wiedergewinnung von Frauen. Hier müssen die früher schon einmal entwickelten Stärken neu entdeckt werden. Für die Gewinnung ganz junger Leute werden wir gezielt die Möglichkeit von Praktika nutzen.

Die vorhandenen Qualifizierungsmöglichkeiten für unsere Amtsträger und die neu zu Gewinnenden unter Nutzung des Kommunalpolitischen Forums, der Kommunalakademie und anderer Bildungsmöglichkeiten müssen einfach besser genutzt werden.

Sehr früh muss die Möglichkeit von Offenen Listen geprüft und – wenn Einigkeit darüber erzielt worden ist – öffentlich gemacht werden. Als Voraussetzung dafür bedarf es einer Konkurrenzanalyse: Welche Parteien, Bürgerinitiativen, neuen sozialen Bewegungen stellen sich in welcher Stärke, mit welchen Programmen und mit welchen Erfolgsaussichten zur Wahl? Wo liegen im Vergleich mit diesen Konkurrenten unsere Stärken, wo unsere Defizite? Wo ergeben sich bei Bürgerinitiativen und/oder neuen sozialen Bewegungen Berührungspunkte, die zur Zusammenarbeit einladen?

4. Besondere Verantwortung im Kampf gegen den Rechtsextremismus

Die Geschichte, aber auch die jüngste Gegenwart, zeigen uns unmissverständlich, dass zwischen dem sozialen Zustand einer Gesellschaft und der Bereitschaft von Teilen dieser Gesellschaft, ihr Heil in rechtsextremistischen Strukturen, Denkweisen und Handlungsansätzen zu suchen, ein Zusammenhang besteht.

Dieser Zusammenhang ist nicht immer und sofort ein ganz unmittelbarer, aber in der Tendenz ist er auch heute unübersehbar. Wir sind bestürzt über das ungehinderte Agieren einer rechten Terrorzelle und deren Helfershelfer über mehr als ein Jahrzehnt, das u.a. in eine unfassbare Mordserie an migrantischen Kleinunternehmern mündete.

Rechtsextremismus fängt immer im Kopf an, deshalb bedarf es wesentlich mehr als bisher der öffentlichen Debatte um dieses Gedankengut. Gemeinsam mit anderen politischen Kräften (Parteien, lokale Bürgerbündnisse und Aktionen, Schulinitiativen etc.) gilt es das Potenzial demokratischer Kräfte in dieser Auseinandersetzung zu vervielfachen.

Demokratie muss erlebt werden. Deshalb gilt es, der Missachtung von Demokratie und Politikverdrossenheit aktiv entgegenzutreten. Der Kreisverband führt 2013 eine Konferenz zum Thema „Anforderungen an eine lebendige Demokratie in den Kommunalvertretungen“ durch.

Rechtsextremistische Kräfte haben auch im Burgenlandkreis in einigen Gemeinden bereits einen erheblichen Einfluss, und auch die Politik im Kreistag ist von diesen Kräften nicht unbeeinflusst.

Wir müssen und wollen uns dieser Herausforderung stellen. Dazu bedarf es der Fortsetzung und Vertiefung all dessen, was sich im Burgenlandkreis an Bündnispolitik bereits entwickelt hat, und es bedarf größerer und neuer Anstrengungen zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Unsere Solidarität mit den sozial Benachteiligten ist Bestandteil dieser zivilgesellschaftlichen Anstrengungen.

Die LINKE im Burgenlandkreis fordert ein Verbot der NPD.

5. Unsere Kooperationsfähigkeit verbessern, politisches Handeln besser leiten und organisieren, Finanzstabilität sichern und ausbauen

Wir haben in den vergangenen Monaten manche schwierige Erfahrung in der Zusammenarbeit der verschiedenen Gremien unseres Kreisverbandes, aber auch der Genossinnen und Genossen untereinander gemacht. Manchmal erwiesen sich Konflikte zwischen

Einzelnen als schier unüberwindlich. Es ist jetzt an der Zeit, mit Blick auf die Entwicklung bis 2014 auch solche Dinge auf den Prüfstand zu stellen.

Der gesellschaftliche Gebrauchswert unserer Partei: Er muss sich im Maßstab der ganzen Bundesrepublik immer wieder neu erweisen, und er muss sich im Maßstab des Burgenlandkreises immer wieder neu erweisen. Indem wir unser Augenmerk auf die Kommunalwahlen 2014 richten, nehmen wir die Herausforderung an.

Anlage:

1. Strukturen

- Unser Handeln vollzieht sich in folgenden neuen **Gemeinde-Strukturen:**

<u>7 Einheitsgemeinden:</u>	<u>4 Verbandsgemeinden:</u>
<ul style="list-style-type: none"> • Stadt Hohenmölsen • Stadt Lützen • Stadt Naumburg • Stadt Teuchern • Stadt Weißenfels • Stadt Zeitz • Gemeinde Elsteraue 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsgemeinde An der Finne • Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst • Verbandsgemeinde Unstruttal mit den Städten Freyburg und Nebra • Verbandsgemeinde Wethautal

Hier gibt es hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. In den zu diesen Einheits- und Verbandsgemeinden gehörenden Gemeinden/Ortschaften sind ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister tätig.

- Die **Parteistruktur** unseres Kreisverbandes enthält 12 Basisorganisationen: (in alphabetischer Reihenfolge)

• BO Bad Kösen / Eckartsberga	• BO Lützen
• BO Droyßig - Zeitzer Forst	• BO Naumburg
• BO Elsteraue	• BO Nebra
• BO Görschen	• BO Teuchern
• BO Hohenmölsen	• BO Weißenfels
• BO Laucha	• BO Zeitzer Land

2. Liste der gegenwärtig für DIE LINKE tätigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister:

LINKE - Bürgermeister/innen:

- Dehlitz: Christine Krößmann (Ortschaftsbürgermeisterin)
- Karsdorf: Olaf Schumann (Bürgermeister)
- Wetterzeube: Frank Jacob (Bürgermeister)